



Zuger Zeitung



Zuger Springkonkurrenz
Susanne Zürcher und Gregor R. Bruhin erwarten am Pfingstwochenende 20 000 Zuschauer. 21

Donnerstag, 2. Juni 2022

AZ 6002 Luzern | Nr. 127 | Fr. 3.50 | € 4.- zugerzeitung.ch

Solidarischer Ausgleich unter Gemeinden

Kanton Zug Die Zuger Gemeinden waren und sind gefordert, schnell zu reagieren, als die ukrainischen Flüchtlingskinder im schulpflichtigen Alter in die Schulen eingegliedert werden sollten. Man fand fix pragmatische Lösungen. Nun sollen aber Finanzierungsfragen geklärt werden, wie der Regierungsrat in einem Bericht schreibt. So werden gewisse Gemeinden aufgrund eines höheren Zulaufs auch mehr Ausgaben haben. Der Kanton will eine Einschulungspauschale für Flüchtlinge einführen und man will einen solidarischen Kostenteiler festlegen. Gemeinden wie die Stadt Zug mit einer höheren Bevölkerungsdichte sollen sich mit einem grösseren Beitrag beteiligen als kleinere Gemeinden. (vv) 21

Benpac war seit Jahren überschuldet

Stans Rund ein halbes Jahr ist es her, dass Marco Corvis Benpac-Firmen reihenweise in Konkurs gingen. Gestern hat an einer Gläubigerversammlung in Stans die externe Konkursverwaltung umfassend Einblick in ihre Arbeit gegeben. Gekommen waren unter anderem etliche ehemalige Angestellte.

Sie erfuhren, dass ihr ehemaliger Arbeitgeber seit längerem überschuldet war und zum Zeitpunkt des Konkurses Forderungen von rund fünf Millionen Franken gegen das Unternehmen offen waren. Ihre Hoffnung setzt die Konkursverwaltung in den Verkauf der Maschinen, doch diese beansprucht bereits ein anderes Unternehmen von Marco Corvi, der mit einer unerwarteten Ankündigung überraschte. (cg) 11

Die USA liefern Waffen, die Schweiz bremst

Ukraine-Krieg Die Ukraine soll moderne Artillerie-Systeme erhalten, um den Vormarsch der russischen Streitkräfte zu stoppen. Die USA wollen Mehrfachraketenwerfer mit 300 Kilometer Reichweite schicken. Auch Deutschland macht Zusagen.

Die Schweiz hingegen blockiert: Sie verhindert die Lieferung dänischer Schützenpanzer in die Ukraine, wie die SRF-«Rundschau» publik machte. Dänemark wollte Fahrzeuge vom Typ Piranha III liefern, die aus der Schweiz stammen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft untersagt die Ausfuhr. Die Behörde stützt sich auf das Kriegsmaterialgesetz und das Neutralitätsrecht. Bei manchen Politikerinnen und Politikern sorgt der Entscheid für Unmut. (chm) *Kommentar 5. Spalte* 7

Schweiz unterlässt voreilige Zugeständnisse

Staatssekretärin Livia Leu gibt sich gegenüber der EU in umstrittenen Fragen hart.

Remo Hess und Stefan Bühler

Anfang Mai erhielt Staatssekretärin Livia Leu Post aus Brüssel. In einer Reihe von Detailfragen verlangte die EU-Kommission Klarheit, wie die Schweiz zu umstrittenen Punkten wie der Rolle des Europäischen Gerichtshofs oder den EU-Bürgerrechten steht, bevor sie sich auf neue Verhandlungen über eine institutionelle Lösung einlässt. In Bern wurde dies so aufgefasst, als wolle die EU die Schweiz zu voreiligen Zugeständnissen bewegen, bevor die Verhandlungen angefangen haben.

Jetzt hat Staatssekretärin Leu zurückgeschrieben und in einem Brief klargemacht, dass es nicht gehe, das Ergebnis neuer Verhandlungen vorwegzunehmen. Sie wiederholte, dass die Schweiz Ausnahmen und Schutzklauseln

«Es ist die EU, die unsere wichtigsten Abkommen substanziiell ändern will.»



Staatssekretärin Livia Leu im Brief an die EU-Kommission

im Bereich der Personenfreizügigkeit anstrebe, ohne diese konkret zu benennen. In deutlichen Worten schildert die Staatssekretärin nochmals die Position des Bundesrates, dass es keine Neuaufgabe des gescheiterten Rahmenabkommens geben wird. Ohnehin sei es die EU, welche «die wichtigsten Abkommen substanziiell» ändern wolle.

Gleichwohl können auch Gemeinsamkeiten ausgemacht werden. So ist die Schweiz bereit, auf die von der EU geforderten regelmässigen Kohäsionszahlungen einzugehen und «im Prinzip» identische institutionelle Lösungen für jedes einzelne bilaterale Abkommen zu akzeptieren. Die Schweiz anerkennt auch, dass die EU die Einheit des Binnenmarkts schützen müsse und dass nur der Europäische Gerichtshof EU-Recht auslegen darf. 3

Lust und Last der Nations League



Granit Xhaka (links) und Ricardo Rodriguez (rechts) wärmen sich auf: Ab heute bis übernächsten Sonntag absolviert das Schweizer Fussball-Nationalteam vier Spiele im Rahmen der Nations League. Die Schweiz spielt zwar in der Topliga A, den Zeitpunkt finden jedoch nicht alle ideal. 39

Bild: Laurent Gilliéron/Keystone (Prag, 1. Juni 2022)

Kommentar

Schweiz lässt die Ukraine im Stich

Und wieder scheitert eine Waffenlieferung an die um ihre Existenz kämpfende Ukraine am Veto der Schweiz. Die dänische Regierung kann 20 aus der Schweiz stammende Piranha-Radschützenpanzer nicht exportieren, weil Bern blockiert – mit Verweis auf Neutralität und Kriegsmaterialgesetz. Es ist bereits der zweite Fall unterlassener indirekter Hilfe für das von Russland angegriffene Land. Auch Deutschland kann seinen alten Gepard-Panzer momentan nicht liefern, es fehlt an Munition aus Thun.

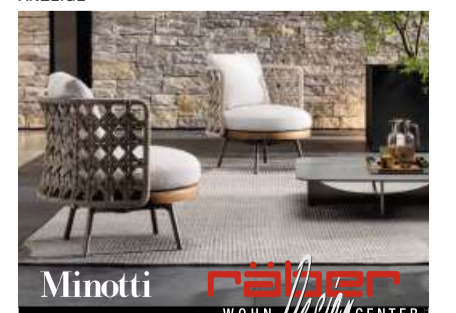
Diese Situation ist peinlich für unser Land. Während viele europäische Staaten und die USA Berge versetzen, um den Freiheitskampf der Ukrainer zu unterstützen, bleibt die Schweiz alten Denkmustern verhaftet und hofft, das Gewitter möge vorüberziehen. Wird es nicht. Solange Putin militärisch Boden gutmacht, gibt es in Europa keinen Frieden. Die Schweiz hat daher jedes Interesse, den ukrainischen Widerstand zu stärken. Die Rüstungskoooperation mit EU-Staaten sollte dahin gehend angepasst werden, dass zumindest indirekte Waffenlieferungen ermöglicht werden.

Ob's dafür in Bern Mehrheiten gibt, ist freilich offen. SVP und Linke verstecken sich hinter der Neutralität, die sie für ihre politischen Ziele instrumentalisieren. Und die Tenöre von Mitte, GLP und FDP sind derzeit damit beschäftigt, grosse Ankündigungen (Nato-Annäherung! Waffenexporte an Demokratien!) zu machen, statt ihre Energie konkreten innenpolitischen Weichenstellungen zu widmen.



Stefan Schmid stefan.schmid@chmedia.ch

ANZEIGE



www.wohncenter-raeber.ch

Flüchtlingskinder: Wer bezahlt die Schule?

Die Gemeinden mussten schnell reagieren, als es darum ging, ukrainische Flüchtlingskinder in die Schule einzugliedern. Nun soll eine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung festgelegt werden.

Vanessa Varisco

Die Zuger Schulen sind gefordert, seit der Ukraine-Krieg ausgebrochen ist und der Flüchtlingsstrom auch den Kanton erreichte. Gemeinden und Kanton handelten zügig, suchten gemeinsam Lösungen. Aus Kapazitätsgründen werden zum Beispiel Flüchtlingskinder, die in Menzingen untergebracht sind, in Baar beschult.

Nachdem man anfangs schnell und pragmatisch reagierte, drängen sich nun Finanzierungsfragen auf. Das schreibt auch die Regierung, die Bericht und Antrag zu einem Kantonsratsbeschluss betreffend Beschulung schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine vorlegt.

Quintessenz des Berichts: Der Kanton will eine Einschulungspauschale für Flüchtlinge einführen und man will einen solidarischen Kostenteiler festlegen. Letzteres ist deshalb nötig, weil die Gemeinden sehr unterschiedlich betroffen sind von Flüchtlingen im schulpflichtigen Alter.

Ausbezahlt wird an die Aufenthaltsgemeinde

Der Kanton vergütet den Gemeinden pro Schülerin und Schüler aus der Ukraine einmalig eine Einschulungspauschale in der Höhe einer Normpauschale im Jahr 2022. Stichtag dafür ist der 15. November 2022. Was bedeutet, dass die Einschulungspauschale für jede bis dahin eingeschulte Schülerin und

jeden Schüler rückwirkend entrichtet wird.

Das Kriterium, aufgrund dessen eine Pauschale an die Gemeinde ausbezahlt wird, ist der Aufenthaltsort. Für die Weiterleitung der Einschulungspauschale an die Gemeinde, welche die Beschulung tatsächlich übernommen hat, sind die betroffenen Gemeinden selber zuständig.

Nach der Entrichtung der Einschulungspauschale beteiligt sich der Kanton gemäss den bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen an den Beschulungskosten via Normpauschale jeweils für das kommende Kalenderjahr. Der Regierungsrat schreibt weiter: «Neben der einmaligen Einschulungspauschale soll aufgrund der ungleichen Be-

troffenheit die solidarische Kostenverteilung zwischen den Gemeinden geregelt werden.»

Rechnungstellung und Auszahlung werden durch den Kanton vorgenommen und verrechnet, sodass die Finanzflüsse netto erfolgen. Massgebend sei hierbei der Schulort. Die Gemeinden müssen die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine zur Durchführung dieses solidarischen Kostenausgleichs in einer separaten Statistik führen und dem Kanton melden. Das Amt für gemeindliche Schulen nehme die Meldungen entgegen und kontrolliere diese für die nachfolgende Abrechnung. Da ist auch Flexibilität gefordert, wie dem Bericht zu entnehmen ist: Da die Lage dynamisch bleibe, sich der Aufenthaltsort der

Geflüchteten im Kanton gegebenenfalls rasch verändern könne und die Gemeinden einander bei der Beschulung helfen, müssten die Schülerinnen- und Schülerzahlen für den solidarischen Kostenteiler an mehreren Stichtagen erfasst werden.

Finanzielle Auswirkungen nicht prognostizierbar

Weil unklar ist, wie viele Flüchtlinge genau im Kanton ankommen werden, kann nicht exakt vorhergesagt werden, welche finanziellen Auswirkungen die Beschulung hat. Die Prognosen stützen sich auf die Annahme von 300 Kindern im schulpflichtigen Alter. Davon ausgehend würde der Kanton 2022 rund 1,8 Millionen Franken ausgeben für deren Beschulung. Der zwi-

schengemeindliche Kostenausgleich beeinflusst diesen Betrag nicht, da der Kanton lediglich als Clearingstelle fungiert.

Pro Quartal beläuft sich die Ausgleichssumme für die Gemeinden auf 1,2 Millionen. Die Gemeinden beteiligen sich je nach Bevölkerungsanzahl am Ausgleichstopf. Die Stadt zahlt so etwa 288 000 Franken, während die kleinere Gemeinde Neuheim 21 000 Franken bezahlt.

An der Kantonsratssitzung vom 2. Juni soll die Kommission dafür bestellt werden, in der Juli- und Augustsitzung wird der Antrag in erster und zweiter Linie beraten. Eine allfällige Volksabstimmung ist im März 2023 geplant. Der Antrag würde bei einer Annahme rückwirkend per 1. April 2022 in Kraft treten.

Die Zuger Springkonkurrenz will ein Volksfest sein

Übers Pfingstwochenende trifft sich die Zentralschweizer Pferdeelite wieder im Stierenmarktareal in Zug. Der Frust der Verantwortlichen über die zwei pandemiebedingten Absagen weicht grosser Vorfreude.

Linda Leuenberger

Zweimal musste die Zuger Springkonkurrenz in den vergangenen Pandemie Jahren abgesagt werden. Zweimal hatte das Organisationskomitee den Anlass fast fertig organisiert. Beim zweiten Mal kam die Absage nur wenige Wochen, bevor die ersten Reiterinnen im Stierenmarktareal gestartet wären.

Nun deutet aber alles darauf hin, dass die Zuger Springkonkurrenz 2022 heute Donnerstag erfolgreich starten kann. OK-Präsident Gregor Bruhin und die Kavallerievereinspräsidentin Susanne Zürcher erinnern sich zurück an die turbulente Zeit der letzten beiden Jahre.

«Ich war von allen wohl am meisten gefrustet», sagt Gregor Bruhin. Er präsidiert das Springkonkurrenz-OK seit dem Herbst 2019. Gleich darauf kam Corona. Die Zuger Springkonkurrenz, die nun beginnt, ist die erste, die unter seiner Regie stattfindet. Bruhin schaut Susanne Zürcher an. Sie schmunzelt. «Ja, das stimmt wohl», sagt sie. «Die anderen haben das etwas leichter weggesteckt.»

Er habe sich grossen Druck gemacht, sagt Bruhin. Sein Vorgänger Ulrich Straub habe ihn lange auf das Präsidium vorbereitet. «Er hat den Anlass auf die heutige Grösse gebracht», sagt Bruhin. Fünf Tage, 20 000 Besucherinnen und Besucher, 1500 Starts. «Für mich gilt es nun, die Springkonkurrenz in dieser Form aufrechtzuerhalten und zu optimieren. Eine grosse Aufgabe, auf die ich mich sehr gefreut habe.»

Keine finanziellen Probleme wegen Pandemie

Für andere Organisatorinnen und Helfer waren die Absagen etwas weniger frustrierend. Zum Beispiel für Vereinspräsidentin Susanne Zürcher. Seit 13



Susanne Zürcher, die Präsidentin des Kavallerievereins Zug und Gregor R. Bruhin, der OK-Präsident der Zuger Springkonkurrenz auf dem Stierenmarktareal.
Bild: Jan Pegoraro (Zug, 29. Mai 2022)

Jahren ist sie an allen fünf Tagen vor Ort an der Springkonkurrenz, unter anderem in ihrem Amt als Platztierärztin. «Ich hatte im vergangenen Jahr viel zu tun im Beruf und hätte die Zeit für die Springkonkurrenz kaum finden können», sagt sie. «Mit 45 Aktivmitgliedern sind wir ein kleiner Verein für einen solchen grossen Anlass.» Das bedeute viele und lange Helfereinsätze,

zumal die Mitgliederzahlen im Verein sinken und sich immer weniger freiwillige Helferinnen und Helfer melden. «Aber trotzdem», sagt Zürcher, «wir sind jedes Jahr wieder unglaublich stolz, wenn wir es hingekriegt haben.»

Finanziell hat die Pandemie der Zuger Springkonkurrenz nicht geschadet. Die Ausgabe von 2020 konnte früh genug ab-

gesagt werden, sodass ohnehin kein grosser Verlust entstand, wie Gregor Bruhin sagt. Beim zweiten Mal ein Jahr darauf, als erst kurz vor der Springkonkurrenz klar wurde, dass sie nicht würde stattfinden können, war das anders. Es entstand ein Verlust – problematisch für die ehrenamtliche Organisation.

Der Kanton und die Stadt Zug halfen dann mit Geldern

aus dem Coronafonds. Ausserdem verzichteten viele Sponsoren auf eine Rückzahlung ihrer Beiträge. «Das ist ein schönes Zeichen, das wir sehr zu schätzen wissen», sagt Bruhin. «Mit diesen Unterstützungen konnten wir <Break-even> abschliessen.» Auf null.

Einen grossen Anlass zweimal absagen und keinen finanziellen Verlust tragen – das funk-

tioniert auch nur in einem reichen Kanton wie Zug, stimmt's?

Traditionell, gut positioniert und verankert

Gregor Bruhin winkt ab. Für die Sponsoren sei der Anlass attraktiv, weil er mitten in der Stadt Zug stattfindet und ein grosses Publikum anziehe, das nichts oder wenig mit Pferdesport zu tun habe, sagt er. «Wir wollen ein Volksfest sein. Darum auch der Gratiseintritt, die Tombola und das Ponyreiten.»

Das unterscheide die Zuger Springkonkurrenz von anderen Pferdesportanlässen und mache daraus einen «Leuchtturm-event», wie Bruhin es nennt, den auch viele Zuger Politikerinnen und Politiker gern besuchen. «Hinzu kommt, dass es unsere Springkonkurrenz seit über 100 Jahren gibt», sagt Susanne Zürcher.

Das ist also das Erfolgsgeheimnis: Tradition, Position und Verankerung.

Neues Essensangebot und VIP-Lounges

Das OK hat sich für die jetzige Ausgabe der Springkonkurrenz ein neues Gastrokonzept einfallen lassen. Anstatt der Festwirtschaft mit Selbstbedienungsbuffet werden verschiedene Food-Stände auf dem Stierenmarkt stehen, die von Privaten betrieben werden. Zudem wurde das Barzelt um einen VIP-Bereich ergänzt. Dort können Sponsoren und Gäste Lounges buchen, um private oder geschäftliche Anlässe durchzuführen.

«Wir sind gut gebucht, alle Prüfungen sind finanziert. Es kann losgehen», sagt Gregor Bruhin. Susanne Zürcher pflichtet bei: «Jetzt muss nur noch das Wetter stimmen.»

Hinweis

Weitere Informationen unter www.zugerspringkonkurrenz.ch